

Kurzberichte

Der Bundesvoranschlag 1960

Der Bundesvoranschlag 1960 sieht Gesamtausgaben von 42.268 Mill. S vor, davon 41.068 Mill. S im ordentlichen und 1.200 Mill. S im außerordentlichen Haushalt. Die laufenden Einnahmen werden auf 41.158 Mill. S geschätzt.

Im ordentlichen Budget ist somit ein Überschuß von 90 Mill. S veranschlagt, im Gesamtbudget hingegen ein Gebarungsabgang von 1.110 Mill. Schilling. Es wird erwartet, daß dieses im Vergleich zu den Vorjahren geringe Defizit ohne weitere Schuldenaufnahme, d. h. im wesentlichen durch eventuelle Mehreinnahmen und Einsparungen gedeckt werden kann. Die Ermächtigung des Finanzministers zu Kreditoperationen für Investitionsanfordernisse wurde von 4 Mrd. S auf 3 Mrd. S herabgesetzt.

Vergleich der Bundesvoranschläge 1959 und 1960

	1959	1960	Differenz
	Mill. S		
Ordentliche Gebarung			
Ausgaben	37.458	41.068	+ 3.610
Einnahmen	36.467	41.158	+ 4.691
Überschuß (Abgang)	- 991	+ 90	+ 1.081
Außerordentliche Gebarung	2.969	1.200	- 1.769
Gesamtgebarungsabgang	3.960	1.110	- 2.850

Mehrausgaben für Personalaufwand und Staatsvertragslasten, beträchtliche Einschränkung der Investitionen und des Verteidigungsbudgets

Die für 1960 veranschlagten Gesamtausgaben von 42,3 Mrd. S sind um 1,8 Mrd. S oder 4 1/2% höher als im Voranschlag 1959. Da der vorgesehene Ausgabenrahmen für 1959 voraussichtlich leicht überschritten werden wird, ist die echte Budgetausweitung im Jahre 1960 eher noch geringer.

Im Vergleich zum Voranschlag 1959 sind die größten Mehraufwendungen für *konsumtive Ausgaben* vorgesehen (Personalaufwand, Renten, Schuldendienst und Staatsvertrag). Dagegen wurden das *Investitionsbudget*, aber auch der Sachaufwand der Landesverteidigung, empfindlich eingeschränkt.

Der *Personalaufwand* wird wegen des erstmals budgetär berücksichtigten 14. Monatsbezuges der Bundesangestellten mit fast 16,0 Mrd. S um 1,335 Mill. S (9%) höher ausgewiesen als im Vorjahr.

Davon entfallen 10,8 Mrd. S auf Aktivbezüge und 5,2 Mrd. S auf Pensionen. Tatsächlich wird der Mehraufwand jedoch nur etwa 1,0 Mrd. S (7%) betragen, da ein Viertel eines zusätzlichen Monatsbezuges noch im Dezember 1959 ausbezahlt wird. Der Anteil der Personalausgaben am Gesamtbudget liegt mit 38% wieder etwas höher als in den letzten beiden Jahren (36% und 37%).

Struktur der Bundesausgaben

	Bundesvoranschlag 1959	Bundesvoranschlag 1960	Differenz
	Mill. S		
Löhne und Gehälter	9.777	10.771	+ 994
Pensionen	4.847	5.188	+ 341
Renten, Unterstützungen, Beihilfen ¹⁾	6.382	6.698	+ 316
Preisstützungen	1.229 ²⁾	1.576	+ 347
Landesverteidigung (Sachaufwand)	1.621	1.390	- 231
Schuldendienst (einschl. ERP-Abfuhr)	1.967	2.118	+ 151
Staatsvertrag	1.501	1.841	+ 340
Instandhaltung	914	1.129	+ 215
Brutto-Investitionen	3.865	2.881	- 984
Investitionszuschüsse Investitionsdarlehen	1.379	1.024	- 355
Sonstiger Sachaufwand ³⁾ (Restpost)	6.945	7.652	+ 707
	40.427	42.268	+ 1.841

¹⁾ Einschl. Bundeszuschuß zur Sozialversicherung. — ²⁾ Weitere 411 Mill. S waren nicht veranschlagt; sie wurden außerbudgetär vorfinanziert. — ³⁾ Einschl. Zwischenzahlungen und internen Verrechnungsposten.

Der Aufwand für *Renten und Unterstützungen* ist mit 6,7 Mrd. S um 5% höher als im Vorjahr. Der Mehraufwand entfällt überwiegend auf den stark erhöhten Bundeszuschuß zur Sozialversicherung (+ 265 Mill. S). Mäßigen Mehrausgaben an Kinder- und Familienbeihilfen (+ 118 Mill. S) stehen Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung gegenüber (- 41 Mill. S).

Für *Preisstützungen* sind 1,6 Mrd. S vorgesehen, formell um 347 Mill. S mehr als im Jahre 1959. Tatsächlich wurden die Subventionen jedoch um 64 Mill. S gekürzt, da im Vorjahr (1959) zusätzliche Brotgetreidepreisstützungen von 411 Mill. S außerbudgetär vorfinanziert wurden.

Trotz den schon bisher unzureichenden Ansätzen für die *Landesverteidigung* wurde das Militärbudget um 167 Mill. S auf 1,9 Mrd. S gekürzt. Der Anteil der Wehrausgaben am Sozialprodukt sinkt dadurch auf 1,3%, das niedrigste Niveau seit 1956.

Die *Staatsschuld* erfordert für Tilgung und Verzinsung 2 1 Mrd. S, um 151 Mill. S mehr als im Vorjahr.

Die Verpflichtungen aus dem *Staatsvertrag* steigen um 340 Mill. S auf mehr als 1 8 Mrd. S. Vom Mehraufwand entfallen 140 Mill. S auf Zahlungen gemäß Kriegs- und Verfolgungssachschadengesetz und 155 Mill. S auf Bereinigungsmaßnahmen (Wiener Memorandum, Kirchen, politisch Verfolgte).

Das *Investitionsbudget* des Bundes (im weiteren Sinne) ist mit 5 0 Mrd. S um 1 124 Mill. S (— 18%) geringer dotiert als im Voranschlag 1959. Die Budgetsanierung geht damit fast ausschließlich zu Lasten der wertvermehrenden Ausgaben.

Vom Investitions-Gesamtaufwand entfallen 1 1 Mrd. S auf Instandhaltung (+ 0 2 Mrd. S), 2 9 Mrd. S auf Brutto-Investitionen (— 1 0 Mrd. S) der Hoheitsverwaltung (hauptsächlich Straßen- und Hochbauten) und der Bundesbetriebe und 1 0 Mrd. Schilling (— 0 3 Mrd. S) auf investitionsfördernde Darlehen und Zuschüsse (vor allem an die Wohnbaufonds¹⁾).

Die drastische Kürzung des Investitionsbudgets verfolgt konjunkturpolitische Zwecke. Sie soll einerseits den Budgetausgleich sicherstellen und andererseits die erwartete gesamtwirtschaftliche Übernachfrage nach Arbeitskräften und Investitionsgütern wenigstens teilweise dämpfen. Die Einschränkung wird allerdings sehr selektiv vorgenommen und konzentriert sich auf die Investitionen von Bahn und Post und nur wenig auf die baulichen Investitionen der Hoheitsverwaltung (vor allem Straßen). Dadurch entsteht die Gefahr, daß die maschinellen Investitionen (Bahn und Post) partiell zu stark eingeschränkt werden und der gesamte Bau-sektor dennoch überbeansprucht bleibt. Gerade im Straßenbau wird die antizyklische Investitionspolitik durch die Zweckgebundenheit der Mittel (Mineralölsteuer) besonders erschwert.

Die Zunahme des *übrigen Sachaufwandes* um 707 Mill. S ist großteils unecht (Erhöhung zweier interner Durchlaufposten, + 341 Mill. S). Der Rest entfällt auf zusätzliche Betriebsausgaben der Bundesbetriebe und auf verschiedene Ressortausgaben.

Realistische Einnahmeschätzung

Die laufenden Einnahmen werden für 1960 mit 4 1 2 Mrd. S um 4 7 Mrd. S oder 13% höher veranschlagt als jene für 1959. Da aber der Ansatz für

¹⁾ Die Gebarung der Wohnbaufonds selbst ist nicht im Bundesbudget enthalten

1959 aller Voraussicht nach von den wirklichen Einnahmen um etwa 1 bis 1 5 Mrd. S überschritten werden dürfte, rechnet der Voranschlag 1960 tatsächlich nur mit einer Einnahmensteigerung von 8 bis 10%. Auch eine solche Schätzung wäre eher noch zu optimistisch, wenn ihr unveränderte Steuer- und Tarifsätze zugrunde lägen, weil das Sozialprodukt kaum im gleichen Maße zunehmen wird. Tatsächlich sind aber im Voranschlag Bahn- und Posttariferhöhungen vorgesehen, die allein schon die Einnahmensumme um rund 2% erhöhen werden. Dies berücksichtigt, wird daher eine echte Zuwachsrate der Gesamteinnahmen von nur 6 bis 8% unterstellt. Eine solche Annahme erscheint realistisch, da von 1958 auf 1959 etwa die gleiche Zuwachsrate erreicht werden wird.

Die Brutto-Erträge an *öffentlichen Abgaben* sind für 1960 mit 3 1 9 Mrd. S präliminiert. Nach Abzug der Überweisungen an Länder, Gemeinden, Kammern und Fonds sollen dem Bund netto 2 1 4 Mrd. S verbleiben, um 3 2 Mrd. S oder 17% mehr als nach dem Voranschlag 1959, der von den tatsächlichen Steuererträgen nur knapp überschritten werden dürfte.

Struktur der Bundeseinnahmen

	Bundesvoranschlag		Differenz
	1959	1960 Mill. S	
Direkte Steuern insgesamt	11 905	12 142	+ 837
davon			
Einkommensteuer	2 700	2 900	+ 200
Lohnsteuer	2 350	2 500	+ 150
Körperschaftsteuer	2 300	2 300	0
Vermögenssteuer	500	700	+ 200
Gewerbesteuer	2 200	2 400	+ 200
Sonstige	1 855	1 942	+ 87
Indirekte Steuern insgesamt	15 683	19 195	+ 3 557
davon			
Umsatzsteuer samt Bundeszuschlag	7 650	9 300	+ 1 650
Zölle	1 860	2 700	+ 840
Verbrauchssteuern	3 118	3 489	+ 371
Gebühren und Verkehrssteuern	3 010	3 706	+ 696
Öffentliche Abgaben insgesamt	27 543	31 937	+ 4 394
Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	9 340	10 571	+ 1 231
Bundeseinnahmen aus öffentl. Abgaben	18 203	21 366	+ 3 163
Steuerähnliche Einnahmen ²⁾	3 897	4 212	+ 315
Sonstige Einnahmen der Hoheitsver- waltung ²⁾	4 902	5 137	+ 235
Hoheitsverwaltung insgesamt ²⁾	27 002	30 715	+ 3 713
Betriebseinnahmen der Monopole und Betriebe	9 465	10 443	+ 978
Gesamteinnahmen	36 467	41 158	+ 4 691

¹⁾ Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Beiträge zum Kinder- und Familien-Ausgleichsfonds, Sonderbeiträge gemäß Wohnungsbeihilfengesetz — ²⁾ Einschl. ordentl. ERP-Gebarung sowie Zwischenzahlungen und Durchlaufposten

Mit Ausnahme der bisher meist überschätzten Körperschaftsteuer weisen alle *direkten Steuern* höhere Ansätze auf als im Vorjahr. An *indirekten Steuern* werden mit 19 2 Mrd. S um 3 6 Mrd. S mehr erwartet, als für 1959 geschätzt worden war.

Besonders optimistische Erwartungen werden in die Umsatzsteuer (9,3 Mrd. S = + 1,65 Mrd. S), Zölle (2,7 Mrd. S = + 0,84 Mrd. S) sowie in die Gebühren und Verkehrsteuern gesetzt (3,7 Mrd. S = + 0,7 Mrd. S). Die mit 9,3 Mrd. S angesetzten übrigen Einnahmen der Hoheitsverwaltung (1959: 8,8 Mrd. S) sind offenbar sehr vorsichtig geschätzt, da 1958 aus diesen Quellen bereits 9,0 Mrd. S eingingen. Die Einnahmen der Betriebe und Monopole sollen sich hauptsächlich dank Bahn- und Posttarifierhöhungen um 1,0 Mrd. S auf 10,4 Mrd. S erhöhen (+ 10%).

Ökonomische Interpretation des Bundesvoranschlages

Der Bundesvoranschlag 1960 steht grundsätzlich im Zeichen einer antizyklischen Konjunkturpolitik. Während man in den Jahren 1958 und 1959 bestrebt war, mit einer bewußt expansiven Budgetpolitik und beträchtlichen Budgetdefiziten eine rückläufige Gesamtnachfrage vor allem durch großzügige öffentliche Investitionsausgaben zu stützen, erfolgt angesichts des internationalen Konjunktur-

umschwunges von 1959 eine konsequente Umkehr der Budgetpolitik für 1960. Trotz Anpassungsschwierigkeiten konnte vorerst wenigstens ein echter Budgetausgleich hergestellt werden. Der optisch noch immer sichtbare Haushaltsabgang ist unecht, da er fast ausschließlich durch Schuldentilgung in der ordentlichen Gebarung verursacht wird.

Sollte es gelingen, den präliminierten Ausgabenrahmen im wesentlichen einzuhalten, dann dürfte die antizyklische Budgetkonzeption tatsächlich realisiert werden können, da die Einnamenschätzung, wie bereits oben festgestellt wurde, gut fundiert erscheint. Das würde bedeuten, daß das Budget 1960 im Gegensatz zu jenen von 1958 und 1959 keine expansive Wirkungen auf die Gesamtnachfrage ausüben wird. Vor allem im Vergleich zu der noch immer stark defizitären Gebarung von 1959, dessen veranschlagtes Defizit von 4 Mrd. S trotz Mehreinnahmen wohl kaum noch nennenswert gesenkt werden kann, wird die relative Restriktion des Budgets 1960 voraussichtlich einen beachtlichen stabilisierenden Faktor in der wieder expandierenden Gesamtwirtschaft darstellen.

Leichte Belebung der Schweineproduktion

Ferkelnachzucht übersaisonnmäßig gestiegen

Am 3. September wurden 2,79 Mill. Schweine gezählt, um 2% weniger als ein Jahr vorher¹⁾. In Niederösterreich (-7%) und im Burgenland (-5%) war der Rückstand gegenüber dem Vorjahr noch ziemlich groß, in den südlichen und westlichen Bundesländern jedoch hielt man schon mehr Schweine.

Die Bestandsänderungen gegenüber dem Vorjahr und die Saisonentwicklung lassen erkennen, daß der Trend der Schweinehaltung wieder steigt. Im Juni war der Bestand noch um 3% und im März um 4% niedriger gewesen als im Vorjahr; bis Dezember wird er voraussichtlich um 2% bis 4% wachsen und den vom Dezember 1958 etwas übersteigen (von September bis Dezember vergrößert sich der Schweinebestand gewöhnlich um 2%). Im März und Juni hatte es noch um 5% und 0,3% weniger trächtige Sauen und um 7% und 0,1% weniger Ferkel gegeben als in den gleichen

Monaten 1958, im September dagegen waren es um 2% und 0,5% mehr. Die Zahl der Ferkel, die saisonüblich um 4% zunimmt, stieg heuer um 7%. Die Zahl der trächtigen Tiere ging nur um 7% statt um 17% zurück. Der saisonbereinigte Index der Sauenzulassungen stieg von 97 im Juni auf 108 im September (Dezember 1954 = 100).

Bestand an trächtigen Sauen

	1958		1959		September
	September	Dezember	März 1 000 Stück	Juni	
Tatsächlicher Bestand . . .	129,4	137,9	150,8	142,6	132,3
Saisonbereinigte Werte ²⁾ . . .	146,2	142,0	139,8	133,9	149,4
Index (Dezember 1954 = 100)	106	103	101	97	103

²⁾ Saisonindex Durchschnitt 1950/58

Die Zunahme der Sauenzulassungen überrascht jedoch nicht. Sie war auf Grund der festen Preise für Ferkel und Schlachtschweine und wegen der erhöhten Produktion an Getreide zu erwarten. Ferkel kosteten im III. Quartal um 16% und Schlachtschweine um 2% mehr als im Vorjahr. Auch der Ertragsindex der Schweinemast (Großhandelspreis

¹⁾ Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes; siehe auch Statistische Übersichten 3,8 und 3,9.

von Schweinefleisch als Vielfaches des Großhandelspreises von Körnermais und Futtergerste) war mit 10 l um 4% höher als im gleichen Quartal 1958. Die *Versorgung mit wirtschaftseigenen Futtermitteln* im Wirtschaftsjahr 1959/60 schien noch im Juli und August weit besser zu sein als 1958, da rund 60.000 t (9%) Futtergetreide mehr eingebracht wurden. Überdies gab es viel minderwertiges Brotgetreide — schätzungsweise 80.000 t —, das ebenfalls verfüttert werden muß, so daß insgesamt 140 000 t Futtergetreide mehr verfügbar waren.

Preise für Ferkel und Schlachtschweine, Ertragsindex der Schweinemast

Zeit	Ferkelpreis in Wels (O Ö)		Großhandelspreis für Schlachtschweine ¹⁾		Ertragsindex der Schweinemast ²⁾	
	1958	1959	1958	1959	1958	1959
	S je kg					
ø I Quartal	14 37	14 57	13 40	13 82	9 4	9 4
ø II	13 74	16 09	12 98	13 78	9 4	9 3
ø III	13 62	15 77	14 30	14 60	9 7	10 1
Oktober	12 60	14 40	13 90	13 90	9 6	10 0

¹⁾ I Qualität, Monatsmitte, Wien-St. Marx. — ²⁾ Großhandelspreis von Schweinefleisch als Vielfaches des Großhandelspreises von Körnermais bzw. Futtergerste

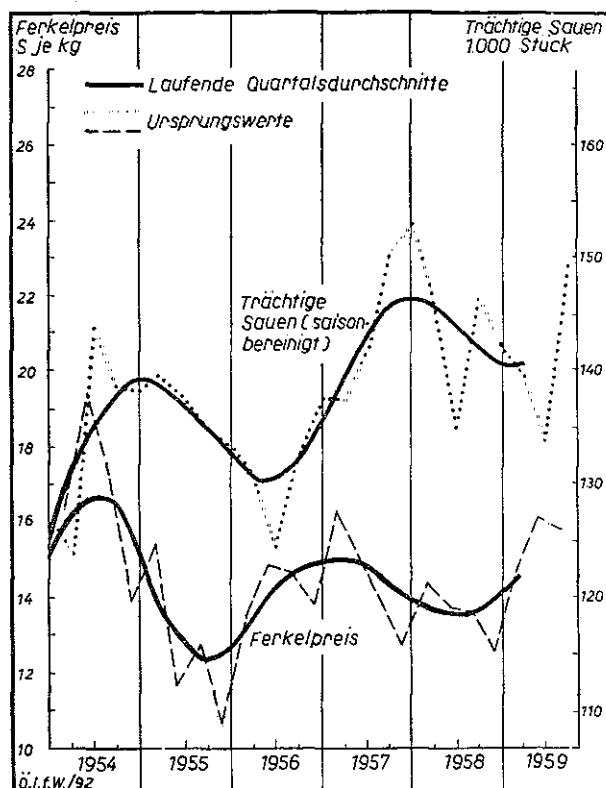
Knappe Futtermittellversorgung bremst Produktionsaufschwung

Um den Bedarf an Schweinefleisch während der Sommer- und Herbstmonate 1960 stärker als bisher aus der Inlandsproduktion zu decken, haben die Landwirtschaftskammern den Züchtern empfohlen, *alle* zur Zucht geeigneten Sauen in den Monaten Oktober, November und Dezember 1959 belegen zu lassen. Ein gleicher Appell im Herbst 1958 hatte keinen Erfolg, da der Ferkelverkauf und die Schweinemast im Vorjahr wenig Gewinn abwarfen und die Futtergetreideernte relativ schwach war. Heuer scheint der Aufruf befolgt zu werden, weil ökonomische Überlegungen dafür sprechen. Sehr stark wird sich die Schweinezucht allerdings nicht ausweiten lassen, da, wie nunmehr feststeht, $\frac{1}{2}$ Mill. t Kartoffeln¹⁾ und 10.000 t Körnermais weniger geerntet wurden als im Jahr vorher. Diese Mindererträge kommen im Futterwert etwa 135.000 t Getreide gleich. Insgesamt steht daher trotz größerer Getreideernte nicht mehr Mastfutter zur Verfügung als 1958. Außerdem sind Kartoffeln und Eiweißfuttermittel teurer geworden, was sich für die Mast kostensteigernd auswirken wird. Eine verstärkte Schweineaufzucht wird, wenn die endgültigen Ernteergebnisse für Kartoffeln und Kör-

¹⁾ Kartoffeln sind ein wichtiges Futtermittel in der Schweinemast. Rechnet man den gesamten Futtermittelvorrat an Getreide und Kartoffeln für die Jahre 1953/57 in Eiweiß- und Stärkewerteinheiten, so hatten die Kartoffeln an der gesamten Eiweißmenge einen Anteil von 17% und am Stärkewert von 30%.

Ferkelpreis und Bestand an trächtigen Sauen

(Normaler Maßstab; S je kg bzw. 1 000 Stück)



Hohe Ferkelpreise regen die Ferkelproduktion an, niedrige hemmen sie. Die Trends der Ferkelpreise und der Bestände an trächtigen Tieren verlaufen fast übereinstimmend, sie sind jedoch zeitlich verschoben. Das Preisband für Schlachtschweine hat zwar die Konjunkturzyklen auf dem Schweinefleischmarkt gedämpft, der Ferkelmarkt zeigt aber noch immer typische Saison- und Konjunkturhythmen. Dabei dürften die begrenzten Lagermöglichkeiten wichtiger Futtermittel sowie die unterschiedliche Höhe der Futtermittelvorräte und der Futtermittelpreise in den einzelnen Jahren eine gewisse Rolle spielen.

nermais nicht viel über den bisherigen Schätzungen liegen, umfangreiche Importe an Futtergetreide im II Quartal 1960 notwendig machen.

Gegen einen starken Produktionsaufschwung spricht auch, daß die Produktionskosten je kg Mastschwein im Sommer und Herbst höher sind als im Winter und Frühjahr. Der Mechanismus in der Ein- und Ausfuhr von Schlachtschweinen — bei höheren Marktpreisen als 13 50 S je kg lebend werden Schweine importiert, bei niedrigeren als 12 50 S wird Schweinefleisch eingelagert oder es werden Schweine exportiert — hat, bisher jedenfalls, die Saisonschwankungen der heimischen Produktion eher verstärkt als gemildert¹⁾.

¹⁾ Siehe hierzu „Zur Stabilisierung des Schweinepreises“, Monatsberichte Heft 4, Jg. 1955, S. 162 ff.

In den Monaten Juni, Juli und August war das *Aufzuchtergebnis* — durchschnittlich 5,7 Ferkel je trächtige Sau — ebenso günstig wie im Vorjahr. Wie sich aus Schlachtungen und Bestandsänderung errechnen läßt, wurden insgesamt 817.000 Ferkel aufgezogen, geringfügig mehr als in der gleichen Periode 1958. Diese Tiere werden in den Monaten Jänner bis März 1960 schlachtreif sein. Infolge der steigenden Sauenzulassungen ist in den nächsten zwei Quartalen (September bis November 1959 und Dezember 1959 bis Februar 1960) mit einem weit höheren Ferkelzugang als ein Jahr vorher zu rechnen. Ab März 1960 wird daher die Zahl der Schweineschlachtungen übersaisonnäßig steigen

Ferkelzugang

Zeit	1957		1958		1959	
	Insgesamt 1.000 Stk	Je trächtige Sau Stk	Insgesamt 1.000 Stk	Je trächtige Sau Stk	Insgesamt 1.000 Stk	Je trächtige Sau Stk
Dezember bis Februar ¹⁾	561,5	4,2	666,9	4,5	612,5	4,4
März bis Mai	707,7	4,8	672,0	4,2	710,6	4,7
Juni bis August	807,3	5,4	814,2	5,7	816,5	5,7
September bis November	616,1	4,7	501,7	3,9		

¹⁾ Dezember jeweils vom Vorjahr.

Schlachtschweineangebot wird nur langsam wachsen

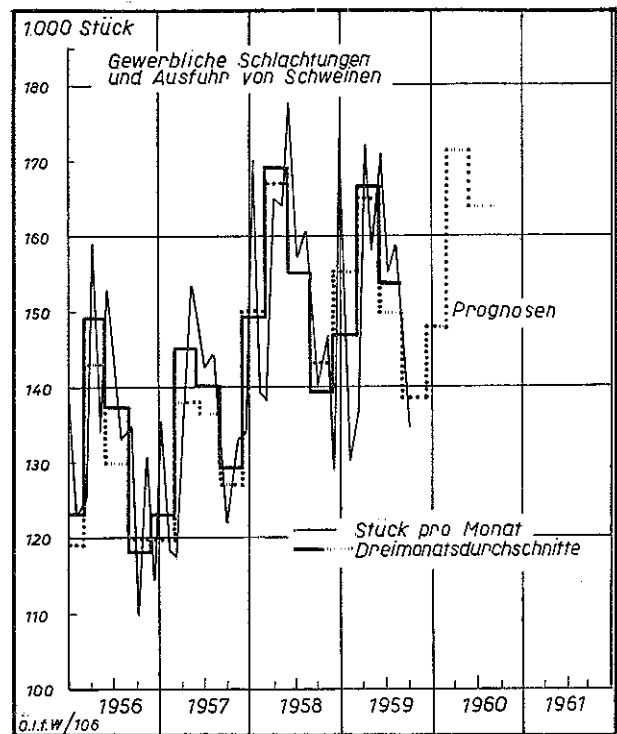
Von Juni bis August wurden in gewerblichen Betrieben 461.000 Schweine aus der Inlandsproduktion geschlachtet, gegen 465.000 im vorigen Jahr. Das Institut hatte die Zahl der *Schlachtungen* für diesen Zeitraum mit 440.000 bis 460.000 vorhergesagt. Infolge höherer Lebendgewichte fiel etwas mehr Schweinefleisch an als 1958 (37.050 t gegen 36.650 t). Obwohl die Zahl der trächtigen Sauen im Dezember 1958 und März 1959 geringer war als ein Jahr vorher, ist von September bis November 1959 und von Dezember bis Februar 1959/60 dank guten Aufzuchtergebnissen mit einer leicht steigenden Produktion zu rechnen. Von März bis Mai 1960 werden schätzungsweise 15.000 und von Juni bis August 30.000 Schlachtschweine mehr auf den Markt kommen als im Vorjahr. Von Septem-

Produktion von Schlachtschweinen¹⁾

Jahr	Dezember bis Februar ²⁾	März bis Mai	Juni bis August	September bis November
	1.000 Stk			
Schlachtungen insgesamt				
1958	1.012	667	535	521
1959	973	680	538	520-540
1960	970-990	675-695	560-580	
Gewerbliche Schlachtungen				
1958	448	506	465	416
1959	439	501	461	405-425
1960	435-455	505-525	480-500	

¹⁾ Einschließlich Ausfuhr; Prognosen des Institutes (*kursiv gedruckt*) fußen auf den Ergebnissen der Schweinezählung vom September 1959, wobei angenommen wurde, daß sich Sauenzulassungen, Aufzuchtergebnisse und Hausschlachtungen in nächster Zeit nicht stärker verändern. — ²⁾ Dezember jeweils vom Vorjahr

Schweineschlachtungen
(Normaler Maßstab; in 1.000 Stück)



Dank guten Aufzuchtergebnissen ist im Jahre 1960 mit einem im Vergleich zum Vorjahr langsam steigenden Angebot an Schlachtschweinen zu rechnen. Da im Herbst mehr Sauen belegt wurden, wird im nächsten Sommer die Schweinefleischversorgung aus dem Inland günstiger sein als heuer. Die heimische Produktion wird den Bedarf jedoch nicht decken, insbesondere wenn die Nachfrage nach Fleisch weiter steigt.

ber 1959 bis August 1960 ist ein Angebot von insgesamt 1,87 Mill. Schlachtschweinen zu erwarten, gegen 1,82 Mill. und 1,81 Mill. Stück in der gleichen Zeitspanne 1958/59 und 1957/58. Futtermangel in den Monaten Mai bis Juli 1960 infolge der schwachen Kartoffelernte 1959 könnte eine beschleunigte Marktbeschickung zur Folge haben; dann würde aber nur wenig mehr Fleisch anfallen, da die Tiere bei verkürztem Umtrieb leichter sind und die Schlachtgewichte sinken.

Da der Schweinebestand in Niederösterreich weit stärker zurückgegangen ist als in den übrigen Bundesländern und sich *Wien* hauptsächlich aus Niederösterreich mit Schlachtschweinen versorgt, wird das Angebot in der Bundeshauptstadt auch in den nächsten Monaten hinter dem Vorjahr zurückbleiben. In Niederösterreich gab es Anfang September um 9% und 6% weniger Schlachtschweine und Jungschweine sowie um 7% und 5% weniger Ferkel und trächtigen Sauen als ein Jahr vorher. Die

Gesamtbezüge Wiens an Schweinen aus dem Inland waren von Juni bis August (123.000 Stück) um 40.000 Stück (25%) niedriger als im Vorjahr. Der Rückgang wird vermutlich nur in den Monaten September bis November etwas geringer sein, von Dezember bis Februar jedoch wegen der saisonbedingt erhöhten Hausschlachtungen wieder größer werden. Selbst wenn in Niederösterreich, wie anzunehmen ist, im Herbst mehr Sauen zugelassen wurden, wird sich dies für die Belieferung Wiens erst im Sommer 1960 fühlbar auswirken.

Belieferung Wiens mit Schlachtschweinen

Jahr	Dezember bis Februar ¹⁾	März bis Mai	Juni bis August	September bis November
1.000 Stk				
Aus der Inlandsproduktion ²⁾				
1957	132	174	140	130
1958	170	205	163	127
1959	171 ³⁾	191	123	90—100
1960	110—120	150—160	150—160	
Aus dem Ausland				
1957	45	9	17	30
1958	5	3	9	61
1959	38 ³⁾	10	45	

¹⁾ Dezember jeweils vom Vorjahr. — ²⁾ Lebend und gestochen, einschließlich Außermarktbezüge; Prognosen kursiv gedruckt. — ³⁾ 14 Wochen

Importbedarf bleibt infolge steigender Nachfrage voraussichtlich hoch

Um den künftigen Importbedarf schätzen zu können, muß die Vorschau über das Angebot durch einen Überblick über die *Entwicklung des Fleischverbrauches* ergänzt werden. Das Marktangebot an Fleisch war von Jänner bis Ende September um 8% größer als im Jahr zuvor, im I. Quartal um 10%, im II. Quartal um 8% und im III. Quartal um 5%. Der Schweinefleischverbrauch war im Dreivierteljahr durchschnittlich um 8% höher, in den einzelnen Quartalen um 8%, 8% und 7%. Bis Ende September wurden 108.600 Schweine importiert, gegen 43.800 im Vorjahr.

Das größere Angebot wurde vom Markt im Durchschnitt sogar zu leicht erhöhten Preisen¹⁾ aufgenommen, weil Masseneinkommen und Fremdenverkehr gestiegen sind. Überdies scheinen sich die Mehreinkommen und der zusätzliche Fremdenverkehr sehr unterschiedlich auf die Ernährungsausgaben zu verteilen, wobei Fleisch zu den bevorzugten Gütern zählt. Da weiterhin mit günstiger Wirtschaftsentwicklung und steigendem privaten Konsum zu rechnen ist, werden die Verbraucherausgaben für Fleisch wahrscheinlich noch zunehmen. Die Auszahlung von 25% eines Monatsbezuges an die öffentlich Bediensteten Ende 1959 sowie eines vollen 14 Monatsbezuges im Laufe des Jahres 1960 ist in diesem Zusammenhang ebenfalls zu berücksichtigen.

Wenn die Nachfrage nach Schweinefleisch im kommenden Jahr erneut steigt und das Angebot aus heimischer Produktion bis Mai 1960 nur mäßig zunimmt, wird auch der Importbedarf wachsen. Sogar im kommenden Frühjahr wird nicht nur das saisonbedingt größere Schlachtschweinangebot aus dem Inland voll abgesetzt werden können, sondern es werden noch Einfuhren notwendig sein, um die Schweine- und Fleischpreise stabil zu halten. Wenn jedoch die Ferkelaufzucht im Herbst 1959 kräftig intensiviert wurde — darüber wird die Dezemberzählung Aufschluß geben — und man genügend Futtergetreide importiert, wird sich die Zahl der Schlachtungen in der kommenden Hauptsaison des Fremdenverkehrs stärker erhöhen und den Markt entspannen. Da die Importe reguliert werden, ist weiterhin mit verhältnismäßig günstigen Schlachtschweinepreisen für die Landwirtschaft zu rechnen.

¹⁾ Im I. Halbjahr lag der Verbraucherpreisindex unter dem Vorjahresniveau, der Preisindex für Schweinefleisch aber darüber; im III. Quartal überschritten beide Indizes das Vorjahresniveau, der Index der Fleischpreise jedoch stärker als jener der Verbraucherpreise.

Osterreichs Versorgung mit Erdölprodukten

Osterreich ist das einzige westeuropäische Land, das seinen Erdölbedarf ganz aus eigener Förderung decken könnte. Bis vor wenigen Jahren hatte es sogar einen bedeutenden Überschuß. Förderrückgänge und Verbrauchszunahmen haben ihn allerdings inzwischen schwinden lassen. Die Ablöselieferungen an die UdSSR verursachen sogar

ein Defizit. Die Förderung von 1958 war um 15% größer als der Verbrauch, ohne die Ablöselieferungen von 1 Mill. t aber entsprach sie bis Ende 1958 nur 74% des Verbrauches (Ab 1959 refundiert Rußland jährlich 1/2 Mill. t Rohöl). In Deutschland kann die heimische Erzeugung 22%, in den übrigen westeuropäischen Ländern noch viel weniger, im

gesamten OEEC-Raum 9% des Bedarfes an Rohöl decken

Österreich ist nach der Bundesrepublik Deutschland der zweitgrößte Rohölproduzent Westeuropas. Seine Raffineriekapazität steht aber erst an achter Stelle. Überdies sind die österreichischen Raffinerien zu veraltet, als daß sich die Produktion elastisch den Veränderungen der Verbrauchsstruktur anpassen könnte. Einzelne Produkte können nur in unbefriedigender Qualität hergestellt werden.

Da sich die Nachfrage nach den einzelnen Erdölprodukten in den letzten Jahren sehr unterschiedlich entwickelt hat, sind starke Spannungen zwischen Erzeugungs- und Nachfragestruktur entstanden, die sich in der letzten Zeit durch Preiseinflüsse noch verstärken.

Die Ermäßigung der Ablöselieferungen seit Anfang 1959 durch Refundierung von einer 1/2 Mill. t russischen Rohöles jährlich vergrößert die im Inland verfügbare Rohölmenge auf annähernd 85% des Bedarfes. Der höhere Benzinge halt des russischen Erdöles steigert die Benzinproduktion. Trotz weiterhin stark expandierender Nachfrage klagt aber die ÖMV über Absatzschwierigkeiten, weil die Verbraucher immer mehr importiertes Benzin und Heizöl kaufen. Die Vorräte an heimischen Produkten (besonders Heizöl) wachsen und zwingen die ÖMV, die heimische Rohölförderung zu drosseln.

Stürmischer, aber uneinheitlicher Verbrauchszuwachs

Der Verbrauch von Erdölprodukten hat in Österreich von 1954 bis 1958 um 69% zugenommen (im Durchschnitt der OEEC-Länder um 61%). Die Nachfrage nach den einzelnen Produkten stieg jedoch sehr unterschiedlich und weicht zum Teil erheblich von der Entwicklung in anderen Ländern ab. Der Verbrauch von Benzin nahm am stärksten (+138%), der von Heizöl am wenigsten (+41%) zu, in den meisten westeuropäischen Ländern ist es dagegen gerade umgekehrt. Im Durchschnitt der OEEC-Staaten stieg der Benzinverbrauch um 31%, der Heizölverbrauch hingegen um 93%. Der Dieselölbedarf hat sich in

Österreich um 78% ausgeweitet, im Durchschnitt der OEEC-Länder um 67%.

Die starke Zunahme des Treibstoffbedarfes ist vor allem auf das rasche Wachstum des österreichischen Kraftfahrzeugbestandes zurückzuführen. Der Bestand an Personenkraftwagen (PKW) hat sich verdreifacht. In der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und in Frankreich stieg die Zahl der PKW von 1954 bis 1958 nur um 195%, 77% und 79%. Allerdings lag die Fahrzeugdichte in Österreich im Jahre 1954 (75 Personen je PKW) weit unter dem westeuropäischen Durchschnitt (28%). Da sie auch jetzt noch (24 Personen je PKW) geringer ist als in den genannten Ländern (13%), wird sie voraussichtlich weiter überdurchschnittlich zunehmen. Davon wird der Benzinverbrauch stark angeregt werden. In den Monaten Jänner bis September 1959 nahm er um 13% zu. Der wachsende Ausländerverkehr belebt die Nachfrage nach Benzin zusätzlich, um so mehr, als das österreichische Benzin verhältnismäßig billig ist.

Die überdurchschnittliche Entwicklung des Dieselölverbrauches ist eine Folge der starken Zunahme der Straßenfahrzeuge mit Dieselantrieb (+118%), der Traktoren (+79%), landwirtschaftlichen Maschinen¹⁾, Dieselstandmotoren in der Industrie¹⁾ und der Umstellung der ÖBB von Dampf- auf Diesellokomotiven (+78%). Der Bestand an LKW und Autobussen wuchs nur um 27% und 16%; vielfach wurden aber Benzin- durch Dieselfahrzeuge ersetzt. Selbst der Anteil der Dieselfahrzeuge an der Gesamtzahl der PKW erhöhte sich von 11% auf 23%. Die Zahl der Diesellokomotiven der ÖBB stieg um 78% von 51 auf 142, die der Dieseldieselmotoren um 10% von 59 auf 65. Der Dieselölverbrauch der Bundesbahnen nahm in der gleichen Zeit um 108% zu. Die ÖBB stellen ihren Betrieb weiter auf Diesellokomotiven um und auch der Dieselölbedarf der Schifffahrt steigt. Der Bestand an Lastkraftwagen dürfte sich gleichfalls noch ausweiten lassen: 1958 kamen in Österreich 102 Personen auf einen LKW, in Westdeutschland aber 87, Frankreich 35, Benelux 32 und in den USA 16. Aus all diesen Gründen wird der Verbrauch von Dieselöl weiter steigen. Die größten Hoffnungen setzt die Erdölwirtschaft aber auf die Nachfrage der Haushalte, die Dieselöl zunehmend für Kleinf Feuerungen verwenden werden. Vorläufig hemmt die hohe Mineralölsteuer den Absatz. Von Jänner bis September 1959 bezog die österreichische Wirtschaft um 15% mehr Dieselöl als im Vorjahr.

Absatz von Erdölprodukten

Jahresdurchschnitt	Benzin	Dieselöl	Petroleum	Heizöl
			1 000 t	
1954	15,6	18,7	2,1	62,2
1955	21,0	22,9	1,9	78,1
1956	28,2	27,9	1,8	79,5
1957	32,1	29,3	1,4	81,8
1958	37,1	33,3	1,3	87,8
1959 ¹⁾	43,2	37,3	1,3	88,8
1959 in % von 1954	276,9	199,5	61,9	142,8

¹⁾ Jänner bis September.

¹⁾ Genaue Unterlagen fehlen.

Der Absatz von *Petroleum* ist zwischen 1954 und 1958 um 38% zurückgegangen, weil immer weniger für Beleuchtungs- und Heizzwecke verwendet wird. Erst seit es der Herstellung von Düsentreibstoffen dient und für Hausbrandzwecke dem Heizöl zugesetzt wird, nimmt die Nachfrage wieder zu. In anderen Ländern ist sie zum Teil schon früher gestiegen, in Österreich dagegen erhöhte sie sich erst 1959 (+ 8%). Mit der Zunahme des Düsenflugverkehrs wird der Absatz von Jet Fuels und Aviation Turbine Kerosine steigen, das sind Treibstoffe, die von der ÖMV erzeugt werden und überwiegend Petroleum enthalten.

Am stärksten weicht die Entwicklung des österreichischen Heizölabsatzes von der in anderen Ländern ab. Solange genügend inländisches Heizöl verfügbar war, stieg der Verbrauch in Österreich rascher als in den übrigen OEEC-Staaten, und zwar in den Jahren 1954 und 1955 um 35% und 25% (OEEC: 21% und 22%). 1956 wurde Inlandsöl knapp und ausländisches viel teurer. Der Heizölverbrauch in Österreich nahm nur noch um 2%, in den übrigen OEEC-Ländern aber um 24% zu. Im Jahre der Suezkrise (1957) konnten sowohl Österreich als auch die übrigen OEEC-Länder ihren Bedarf an Heizöl nur um 3% ausweiten. Als sich der Markt im Jahre 1958 normalisierte, erreichte die Zuwachsrate des Heizölverbrauches in den OEEC-Ländern rasch wieder ihr vorheriges Niveau (24%). In Österreich aber blieb die Nachfrage weiter verhältnismäßig schwach. Die österreichische Wirtschaft verbrauchte 1958 um 7% und von Jänner bis September 1959 um 9% mehr Heizöl als im Vorjahr.

Allmählich verschiebt sich aber auch in Österreich die Struktur des Energieverbrauches zugunsten von Heizöl (In den USA hat diese Entwicklung bereits vor 40 Jahren begonnen.) Aus verschiedenen Gründen hat sich bisher die Strukturverlagerung in Österreich verzögert, obwohl der Unterschied zwischen den Preisen für Heizöl und Kohle größer ist als in anderen Ländern. Der Hauptgrund für die langsame Umstellung der österreichischen Verbraucher von Kohle auf Heizöl dürfte in den unsicheren Marktverhältnissen der letzten Jahre liegen. Viele Industrien haben ihre Anlagen schon in den Jahren 1954 bis 1956 auf Heizöl umgestellt, als es billig und ausreichend vorhanden war. Schon 1956 wurde aber Inlandsware knapp und Auslandsöl viel teurer. Die Suezkanalkrise, die in Österreich dank der heimischen Ölförderung im allgemeinen kaum Schwierigkeiten verursachte, ließ die Importpreise weiter in die Höhe schnellen und vergrößerte

den Abstand zu den Inlandspreisen. Die vielfach mit großem Kostenaufwand auf Heizöl umgestellten Feuerungsanlagen konnten 1956 und 1957 zum Teil nicht ausgenützt werden. Die Unsicherheit der Verbraucher wurde im Frühjahr 1958 noch verstärkt, als die ÖMV die Heizölpreise von 440 S auf 730 S erhöhte. Obwohl seit 1958 wieder genügend billiges Importheizöl verfügbar ist und auch die ÖMV ihren Preis auf 600 S senken mußte, zögert man mit Umstellungsinvestitionen. Auf Grund der langfristig zu erwartenden Preisrelation in der Energiewirtschaft kann man annehmen, daß der Heizölverbrauch in den kommenden Jahren stark zunehmen wird. Heizöl ist jetzt schon viel billiger als Kohle. Der Preis einer Million Kilokalorien (Wärmepreis) für schweres Heizöl beträgt derzeit rund 58 S (9.500 kcal, 550 S je t) und noch weniger (ausländisches Heizöl wird in den südlichen Bundesländern zum Teil schon um 420 S je t angeboten, was einem Wärmepreis von nur 44 S entspricht), 1 Mill. Wärmeeinheiten inländischer Braunkohle dagegen kostet in Wien derzeit zwischen 63-50 S (Feinkohle, Tauchen) und 86-31 S (Grobkohle, See-graben). Ausländische Grobkohle stellt sich durchwegs auf mehr als 100 S, polnische Feinkohle auf annähernd gleich viel wie Inlandskohle.

Die Preisrelation gegenüber anderen Energieträgern wird sich voraussichtlich langfristig für die Erdölprodukte immer günstiger gestalten. Im Vergleich zur Vorkriegszeit sind die Erdölpreise viel weniger gestiegen. Die Kohle wurde bis 1957 ständig teurer, die Heizölpreise dagegen gingen stark und die Preise der übrigen Erdölprodukte leicht zurück. Die Produktions- und Verarbeitungskosten des Erdöles sinken infolge der technischen Entwicklung langfristig, die der Kohle steigen jedoch, da die mächtigsten und am günstigsten gelagerten Flöze bereits abgebaut sind und die Förderbedingungen ungünstiger werden. Die Erdölreserven nehmen hingegen rascher zu als der Erdölverbrauch.

Marktanteil der Inlandsproduktion sinkt weiter

Der Anteil der Inlandsproduktion an der Gesamtversorgung Österreichs mit Erdölprodukten geht seit 3 Jahren aus drei Gründen zurück: Das Aufkommen an heimischem Rohöl sinkt, die Erzeugungsstruktur kann der Verbrauchsstruktur nicht angepaßt werden und der Absatz inländischer Produkte wird durch die Importkonkurrenz beeinträchtigt.

Die österreichische Rohölförderung hat 1955 mit rund 3,7 Mill. t ihren Höhepunkt erreicht. Bis 1958 ging sie um 23% zurück und von Jänner bis

September 1959 war sie um 14% geringer als im Vorjahr. Zum Teil sinkt die Produktion infolge des natürlichen Förderabfalles, zum Teil aber muß sie wegen des stockenden Absatzes heimischen Heizöles gedrosselt werden.

Die Erdölraffinerien können ihre Produktionsstruktur nicht auf die Nachfrage abstimmen, weil der Anfall der einzelnen Produkte weitgehend von den Eigenschaften des Rohöls abhängt. Die modernen Verfahren (Cracken und Reformieren) ermöglichen zwar in relativ weiten Grenzen eine Korrektur des Ergebnisses der Primärdestillation, doch gerade in den veralteten österreichischen Raffinerien ist dies nur sehr beschränkt möglich. Seit 1954 hat sich die Erzeugung der einzelnen Produkte ganz anders entwickelt als der Verbrauch. Erstarrte und verzerrte Preise haben die Spannung zwischen Erzeugungs- und Verbrauchsstruktur noch verstärkt.

Der Benzinverbrauch hat in Österreich von 1956 bis 1958 um 32% zugenommen, die Erzeugung ging um 4% zurück. Eine Verdoppelung der Importe war die Folge. Von Jänner bis September 1959 konnte die Erzeugung dank der Rücklieferung benzinreichen russischen Rohöles gegenüber 1958 um 25% gesteigert werden. Trotzdem nahmen die Importe erneut um 28% zu. Es wird nicht nur Superbenzin importiert, das die inländischen Raffinerien nicht erzeugen können, sondern auch Normalbenzin, das zum Teil billiger ist als das österreichische Benzin, weil es nicht der Transportausgleichsabgabe unterliegt.

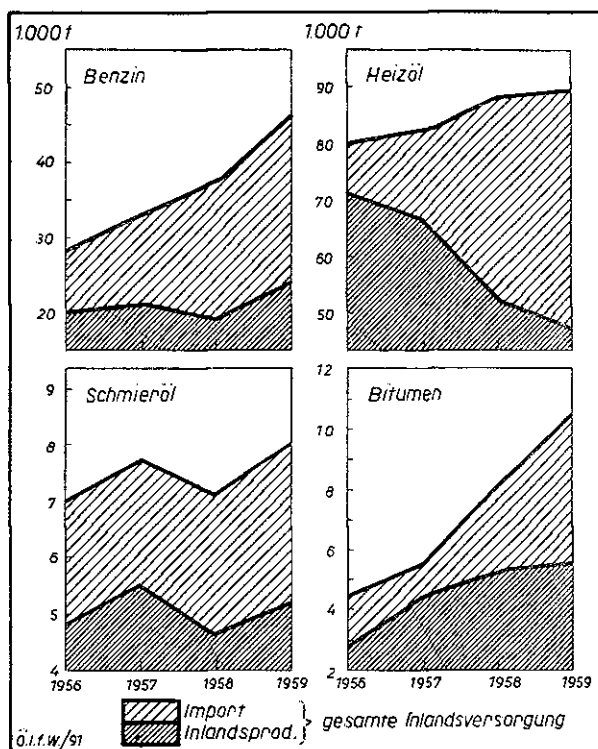
Erzeugung von Erdölprodukten¹⁾

Jahresdurchschnitt	Benzin	Petroleum	Dieselöl	Heizöl	Schmieröl	Bitumen	Insges. ²⁾
	1 000 t						
1956	20,1	3,8	52,1	80,4	4,8	2,8	164,1
1957	21,3	2,6	54,2	76,0	5,4	4,6	164,1
1958	19,4	1,8	49,9	65,7	4,6	5,3	146,7
1959 ²⁾	24,0	2,9	52,5	60,9	5,2	5,5	151,0
1959 in % von 1956	119,4	76,3	100,8	75,7	108,3	196,4	92,0

¹⁾ Für den Absatz bestimmte Produktion (auch Gemische). — ²⁾ Summe der ausgewiesenen Produkte. — ³⁾ Jänner bis September

Der Dieselölverbrauch ist zwischen 1956 und 1958 um 20% gestiegen, die Produktion ging um 4% zurück. Während Benzin schon seit Jahren in steigenden Mengen eingeführt werden muß, um den Inlandsbedarf zu decken, bestanden bisher beträchtliche Überschüsse an Dieselöl. 1956 wurden 328.000 t Dieselöl exportiert, fast ebensoviel wie im Inland verbraucht wurde. Seither sind die Überschüsse immer kleiner geworden. Die Ausfuhr ging bis 1958 um mehr als ein Drittel zurück. In den Monaten Jänner bis September 1959 hat zwar die Ausfuhr gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 4%

Anteile inländischer Produkte und der Importe an der Gesamtversorgung (Normaler Maßstab; in 1.000 t)



Der Anteil der Inlandsproduktion von Benzin, Schmierölen, Heizöl und Bitumen an der Gesamtversorgung ist seit 1956 stark zurückgegangen. Benzin und Schmieröl wurden hauptsächlich aus qualitativen Gründen zunehmend importiert, der Absatz heimischen Heizöles ging aus preislichen Gründen zurück und die Erzeugung von Bitumen konnte mit der Nachfragesteigerung nicht Schritt halten. Im Jahre 1956 betrug der Anteil der Inlandserzeugung am Gesamtabsatz von Heizöl, Benzin, Schmieröl und Bitumen noch 89%, 71%, 69% und 62%, im Jahre 1959 aber nur 53%, 52%, 63% und 53%.

Außenhandel mit Erdölprodukten

Jahresdurchschnitt	Benzin	Petroleum	Dieselöl	Schmieröle und -fette	Bitumen	Heizöl	Insgesamt ¹⁾
	1 000 t						
Einfuhr							
1954	2,5	0,0	1,0	1,6	0,7	1,4	7,2
1955	8,1	0,0	2,4	1,9	1,7	14,8	29,0
1956	8,6	0,0	1,0	2,4	1,6	9,3	22,9
1957	12,4	0,0	0,1	2,3	1,5	16,5	32,8
1958	17,6	0,0	0,6	2,6	3,3	39,7	63,8
1959 ²⁾	22,0	0,0	2,5	3,0	4,8	46,4	78,8
1959 in % von 1954	880,0		250,0	187,5	685,7	3314,3	1094,4
Ausfuhr							
1954	0,0	—	7,8	0,0	0,0	0,2	8,0
1955	1,0	1,3	10,3	0,2	0,0	—	12,7
1956	0,9	3,2	27,3	0,1	0,0	0,2	31,7
1957	0,0	0,8	22,5	0,1	0,6	0,0	24,0
1958	0,0	0,1	17,2	0,0	0,5	0,1	17,9
1959 ²⁾	0,0	—	16,4	0,2	0,0	0,5	17,1
1959 in % von 1954			210,3				213,8

¹⁾ Summe der ausgewiesenen Produkte. — ²⁾ Jänner bis September

zugenommen, gleichzeitig stieg aber auch die Einfuhr von Dieselöl sprunghaft. Sie erreichte einen

Marktanteil von mehr als 5%. Während der Verbrauch von Dieselöl um 12% wuchs, konnte die inländische Erzeugung nur um 8% gesteigert werden. Wenn der Verbrauch annähernd gleich rasch wächst wie bisher, wird in etwa zwei Jahren bereits weniger erzeugt als verbraucht werden.

Obwohl der Heizölabsatz von 1956 bis 1958 um 10% zugenommen hat, ist die Nachfrage nach inländischer Ware infolge ihres hohen Preises um 27% zurückgegangen. Ihr Absatz sinkt vor allem seit 1958. Heuer hat sich die Krise verschärft. Da die Heizölproduktion mit Rücksicht auf die Ausbringung der übrigen Produkte dem Absatzrückgang nicht angepaßt werden konnte, nahmen die Lager bei den Raffinerien rasch zu und erreichten Ende September über 102.000 t. 1956 wurden noch 89% des österreichischen Heizölbedarfes durch die heimische Produktion gedeckt, 1958 nur 59% und von Jänner bis September 1959 53%. Die Heizöleinfuhr hat sich von 1956 bis 1958 mehr als vervierfacht und war von Jänner bis September 1959 um 38% höher als im Vorjahr.

Schmieröle und *-fette* müssen vor allem aus Qualitätsgründen eingeführt werden. Der Import ist allerdings in den letzten Jahren nur langsam gestiegen. Die inländische Erzeugung von Schmiermitteln ist von 1956 bis 1958 um 3% gesunken, hat aber 1959 wieder zugenommen. Der Marktanteil der importierten Schmiermittel an der Inlandsversorgung stieg von 34% (1956) auf 38% (1959). Die Einfuhr von Bitumen hat sich von 1956 bis 1958 verdoppelt und stieg 1959 um weitere 49%.

Ausblick

Die künftige Entwicklung der österreichischen Erdölversorgung hängt eng mit der neuen Raffinerie Schwechat zusammen, die derzeit gebaut wird. Die neue Raffinerie wird eine viel elastischere Produktionsstruktur besitzen als die alten Anlagen und vor allem Qualitätsprodukte herstellen können. Dadurch lassen sich höhere Erlöse erzielen, insbesondere da Superbenzin erzeugt werden kann, und die Importkonkurrenz wird weniger fühlbar werden. Die Produktion wird sich dem österreichischen Verbrauch besser anpassen. Trotzdem wird der

Marktanteil der Importe voraussichtlich weiter zunehmen, weil die heimische Erzeugung mit dem ständig wachsenden Bedarf nicht wird Schritt halten können. Die westlichen und südlichen Bundesländer werden vermutlich immer mehr von nähergelegenen ausländischen Raffinerien versorgt, die heimische Produktion dagegen im wesentlichen im Verbrauchsschwerpunkt Wien und den frachtgünstig gelegenen Bundesländern abgesetzt werden. Man erwartet, daß die Raffinerie Schwechat den Gesamtbedarf an Super- und Normalbenzin in diesem Raum decken können und sich infolge ihres Frachtvorteiles gegenüber der ausländischen Konkurrenz durchsetzen wird. Voraussetzung ist allerdings, daß das inländische Benzin nicht mehr durch die Transportausgleichsabgaben diskriminiert wird.

Der Absatz des heimischen Dieselöles wird voraussichtlich nicht schwierig sein, weil der Verbrauch stark steigt und das österreichische Dieselöl bisher etwas billiger war als in den meisten angrenzenden Ländern. In letzter Zeit geben allerdings die Preise nach; sie liegen zum Teil bereits um 20% und mehr unter den normalen Notierungen, die Importkonkurrenz nimmt zu. Man strebt an, Dieselöl für Heizzwecke von der Mineralölsteuer (90 Groschen je kg) zu befreien und ihm dadurch neue Verwendungsbereiche zu öffnen. Die Produktion könnte dann in den frachtlich günstig gelegenen Teilen Österreichs abgesetzt werden.

Der Heizölbedarf wird auch in Zukunft bei weitem nicht aus der Inlandsproduktion gedeckt werden können. Die gegenwärtige Absatzkrise ist überwiegend der Preispolitik zuzuschreiben. In der Kalkulation der Erdölprodukte anderer Länder bringen Benzin und die anderen leichten Derivate die besten Erlöse. Heizöl wird kalkulatorisch als Restgröße behandelt, und teilweise zu Preisen verkauft, die unter jenen für Rohöl liegen. In Österreich liegen die Verhältnisse umgekehrt. Der amtlich geregelte Raffinerieabgabepreis für Normalbenzin beträgt nur 39 Groschen pro Liter, das ist niedriger als der Preis des Rohöles (600 S je t). Heizöl muß daher den größten Teil der Verarbeitungskosten der Raffinerien tragen und ist deshalb im Preis sehr unelastisch.